Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 9 (1989)

Heft: [2]: Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital

Artikel: Aufbruch zu einem neuen Internationalismus? : Einige Bemerkungen aus gewerkschaftlicher Sicht

Autor: Baumann, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652670

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Baumann

Aufbruch zu einem neuen Internationalismus?

Einige Bemerkungen aus gewerkschaftlicher Sicht

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Verschuldungsproblematik und die zunehmenden Widersprüche der Weltwirtschaft hat Rainer Falk einige Thesen für eine gewerkschaftliche Einschätzung gegeben und anlässlich der IWF-Tagung in Zürich zur Diskussion gestellt. Anknüpfend an diese Diskussion möchte ich einige seiner Thesen in bezug auf die schweizerische Situation ergänzen bzw. relativieren.

1. Bezüglich des internationalen Kapitalverkehrs nimmt die Schweiz eine Sonderstellung ein. Zum ersten Mal veröffentlichte jetzt die Schweizer Nationalbank offizielle Zahlen über das Auslandvermögen. Mit einem Auslandvermögen von über 570 Milliarden Franken und einem Nettovermögen (abzüglich Auslandschulden) von 243 Milliarden gehört die Schweiz zu den grössten Gläubigerländern der Welt. Das Auslandvermögen beträgt immerhin rund das Doppelte des gesamten jährlichen schweizerischen Volkseinkommens. Dabei ist das tatsächliche Vermögen wahrscheinlich noch höher, da Teile des Auslandvermögens zum Buchwert und nicht zum Marktwert eingesetzt werden.

In den letzten Jahren hat das Auslandvermögen stetig zugenommen. Dies heisst nichts anderes, als dass die in der Schweiz gemachten Gewinne und Vermögenseinkommen („Ersparnisse") die in der Schweiz getätigten Investitionen übertrafen und ein grosser Teil dieser Gewinne im Ausland investiert wurde.

Ein Teil dieses Kapitalexports betrifft die Direktinvestitionen schweizerischer Unternehmen im Ausland. Der Bestand dieser Direktinvestitionen beträgt rund 55 Milliarden. 1987 waren bereits 726'433 Personen in schweizerischen Betrieben im Ausland beschäftigt (Schlup 1988).

Ein Teil des „schweizerischen" Auslandvermögens sind recyklierte Gelder, die zuvor aus dem Ausland auf schweizerischen Banken angelegt wurden. Zu erwähnen ist hier sicher auch die Rolle der Schweiz als Bankenzentrum für das internationale Fluchtkapital. Eine grosse Zahl von abhängig Beschäftigten in der Schweiz ist damit zwar direkt oder indirekt vom Banken- und Finanzsektor bzw. von schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland abhängig. Diese Abhängigkeit ist aber gegenüber den Drittweltstaaten zu relativieren, da der grösste Teil des schweizerischen Kapitalbesitzes im Ausland in EG-Ländern sowie in Nordamerika angelegt ist.

2. Im Gegensatz zu den USA, wo gemäss einer kürzlich erschienenen Studie der grösste Teil der abhängig Beschäftigten (nämlich die Klein- und Mittelverdiener) während der Reagan-Aera Reallohnverluste hinnehmen musste

(Christ 1988), dürfte dies für Europa bzw. für die Schweiz in dieser Form nicht zutreffen. Zwar hat, wie R. Falk richtig beschreibt, seit den 70er Jahren ein Umbruch im kapitalistischen Akkumulationsprozess stattgefunden, der in den Industrieländern eine Zunahme der Massenarbeitslosigkeit, der Armutsprobleme, eine vermehrte Segmentierung des Arbeitsmarktes und Sozialabbau mit sich gebracht hat. Besonders in den Jahren des verstärkten Wirtschaftsbooms seit ca. 1985 haben sich jedoch die Reallöhne einer Mehrheit der in der Schweiz tätigen Arbeitnehmer wieder leicht erhöht, nachdem sie in den zehn Jahren davor praktisch stagniert hatten. Und trotz den Bemühungen der Unternehmer, ihre Flexibilisierungsstrategie durchzusetzen, konnte eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitszeit- und Arbeitsschutzbestimmungen bis heute verhindert werden.

Heute, im Jahr 1989, kann deshalb nicht mehr generell gesagt werden, dass die zunehmenden Disparitäten und die Verschuldungskrise der Drittweltstaaten mit einer Verschlechterung der materiellen Situation der arbeitenden Bevölkerung in Europa einhergegangen sind. Vielmehr erlebten die kapitalistischen Industrieländer einen ungeahnten, anhaltenden Konjunkturaufschwung, von dem zumindest grosse Teile der Beschäftigten mitprofitieren konnten. Wie lange sich dies angesichts der labilen weltwirtschaftlichen Lage aufrechterhalten lässt, ist allerdings eine berechtigte Frage. Ebenso die Frage, ob diese bescheidenen, materiellen Fortschritte nicht bitter erkauft wurden mit einer gleichzeitigen Schwächung der gewerkschaftlichen und politischen Positionen.

3. Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung hat nur eine bescheidene internationalistische Tadition. In den 30er Jahren schwenkten die Gewerkschaften der Hauptexportindustrien auf die „Burgfriedenspolitik" (Widerspruch 1987) ein. Im Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie und in ähnlich lautenden Vereinbarungen anderer Industriesektoren verpflichteten sich die Gewerkschaften zur Stillhaltepolitik im Interesse der Konkurrenzfähigkeit und Stärkung der Schweizer Wirtschaft. Dies schloss eine aktive, internationalistische Gewerkschaftspolitik praktisch aus oder erschwerte sie zumindest. Erst in den letzten Jahren ist eine Wiedererstarkung derjenigen Kräfte festzustellen, die sich innerhalb der Schweizer Gewerkschaften für Projekte der internationalen Solidarität einsetzen.

Überdurchschnittliche Abhängigkeit vom Finanz- und Bankensektor, kein oder *noch* kein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der Verelendung in der Dritten Welt und der Verschlechterung der eigenen Lebensbedingungen sowie das Fehlen einer internationalistischen Tradition in den letzten Jahren bedeuten eine schwierigere Ausgangsposition für gewerkschaftliche Initiativen gegenüber der Verschuldungsproblematik. Solche Initiativen bedürfen einer Argumentation, die das Verständnis der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für die Anliegen und Probleme der Dritten Welt weckt und sie von der Notwendigkeit internationaler Solidaritätsarbeit überzeugt.

Zu einer solchen glaubhaften Argumentation gehört, dass die von den

westlichen Industrieländern propagierten Schuldenstrategien auch den Grundanliegen gewerkschaftlicher Politik bei uns widersprechen. Dabei ist die Gefahr der Importbeschränkungen und der notwendigen Handelsbilanzdefizite der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern nicht überzubewerten. Die realwirtschaftliche Verflechtung mit den Entwicklungsländern ist zu klein, als dass dies kurz- und mittelfristig eine Gefährdung der Arbeitsplätze in der Schweiz mit sich bringen würde. Hingegen propagiert die Entschuldungsstrategie von IWF und Weltbank Sparmassnahmen in Form von Deregulierung, Sozialabbau und Reallohnkürzungen, die in der Regel nur mit diktatorischen Vollmachten und entsprechender Repression, inklusive Einschränkung der Gewerkschaftsrechte durchzusetzen sind. Hier sind ganz offensichtlich auch die sozialen Errungenschaften in den Industrieländern betroffen: Eine solche Politik des weltweiten Sozialdumpings, die ja zum Teil schon im Gang ist, muss sich längerfristig auch auf die abhängig Beschäftigten in der Schweiz auswirken. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Europa ist nur möglich, wenn auch weltweit gewisse Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzgesetzgebungen eingehalten werden können. Die Schweizer Gewerkschaften haben deshalb alles Interesse daran und können dies auch gegenüber den Mitgliedern gut vertreten, sich gegen diese Form des „unlauteren Wettbewerbs" zu wehren und für eine alternative Schuldenstrategie einzusetzen.

Gegenstand einer gewerkschaftlichen Initiative müsste deshalb ein vermehrter politischer Druck auf Bundesrat und Banken zugunsten eines Schuldenerlasses sein. Nötig wären zusätzlich weitergehende Perspektiven in Richtung gerechteren Handelsaustauschs mit den Entwicklungsländern, wie z.B. Vereinbarungen zwischen der Schweiz und einzelnen Drittweltländern, die gerechtere, stabile Austauschrelationen im bilateralen Handel festlegen und so einen Beitrag zum Wiederaufbau leisten könnten. Solche weitergehenden Perspektiven wären auch gerade im Hinblick auf „EG 1992" und die drohende Gefahr einer vermehrten Abschottung Europas gegenüber dem „Rest der Welt" nötig (Schäppi/Tanner 1988).

Genauso wichtig scheint mir aber auch das Engagement einzelner Verbände in Richtung Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit Drittweltgewerkschaften, sei dies über die Gewerkschaftsinternationalen oder durch bilaterale Kontakte. Ziel wäre dabei einerseits, gemeinsame Positionen in Richtung Entschuldungs- und Entwicklungsstrategien zu erarbeiten, andererseits den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen dieser Länder direkte Unterstützung für den Kampf um Gewerkschafts- und Sozialrechte zu geben und so deren Position zu stärken. Eine bedeutende Arbeit wird hier bereits seit einigen Jahren vom *Solifonds,* einer gemeinsamen Organisation von Gewerkschaften, SPS und Drittwelt-Organisationen, geleistet, deren Hauptziel es ist, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Dritten Welt zu unterstützen.

Auch die Erfahrungen mit konkreten Kooperationsprojekten, wie z.B. dem Projekt des Volkhauses CAOBA zwischen der Gewerkschaft Bau und Holz und der nicaraguanischen Landarbeitergewerkschaft sind für die Mei-

nungsbildung und die Förderung des Solidaritätsgedankens sehr nützlich. Sie ermöglichen den Kontakt nicht nur unter Vertretern der Verbandsspitzen, sondern auch unter einzelnen Mitgliedern und erlauben den sehr konkreten Einstieg in die Probleme des jeweiligen Entwicklungslandes.

Trotz der objektiven Schwierigkeiten einer Solidaritätsarbeit hierzulande gibt es so doch einige Ansatzpunkte für einen gewerkschaftlichen Handlungsspielraum, der auf der längerfristigen Interessenidentität mit den abhängig Beschäftigten in der Dritten Welt aufbauen kann und eine Alternative darstellt zu den herrschenden Entschuldungsstrategien.

Literatur

Christ, Peter, 1988: Johnny Sixpack kann sich immer weniger leisten, Weltwoche Nr. 4.
Schäppi, Hans/Tanner, Jakob, 1988: Herausforderung Europa: Von der Vision zum Duty-Free-Shop, Widerspruch, Heft 16.
Schlup, Thomas, 1988: Das schweizerische Auslandvermögen, Schweizerische Nationalbank, Quartalsheft Nr. 4.
Widerspruch-Sonderband, 1987: Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos. Zürich.

Detlef Hartmann

„Schuldenkrise" und sozialer Krieg *

Raus aus der Geldsuhle!

Woran liegt es, dass die Debatte um die sogenannte „Schuldenkrise" immer mehr das Bild einer allumfassenden Suhle angenommen hat, die den Zustrom all der Linken kaum noch zu fassen vermag, die brav ihre Bereitschaft anmelden, sich zusammen mit den Bankiers – wenn schon nicht in Geld, so doch wenigstens im modernsten geldtechnischen Vokabular zu wälzen? Zugegeben, dieses Vokabular glitzert und funkelt so neu wie nie, und wir sollten die Reize des theoretischen Charmes der Bourgeoisie auf den Spieltrieb der linken Intellektuellen nie unterschätzen. Umso mehr sollten sich alle diejenigen, die glauben, mit Bankern, Castro oder sonst wem über Geld reden zu müssen, nicht zu schade sein, sich von den Grossvätern der politischen und der kritischen politischen Ökonomie noch einmal aus der Geldsuhle heraushelfen zu lassen.

Geld im Kapitalismus ist der metallene, papierene, datenpiepsende, monitorflimmernde Ausdruck unbezahlter und damit geraubter Arbeit und – im Prozess seiner Investition – der Anspruch auf zukünftigen Raub. Viel Schweiss hat Ricardo vor bald zweihundert Jahren vergossen, um unter den dinglichen Schein der Ware vorzudringen und den Grund des Werts in der abgezwungenen Arbeit aufzufinden. Schwärme von sogenannten ricardiani-